



Alternative Verteidigung

Soziale Verteidigung in militärisch eroberten Städten

Die Ukraine hat sich seit dem 24. Februar 2022 militärisch gegen den Angriff Russlands verteidigt. Damit wurde eine schnelle Besetzung der Hauptstadt Kiew verhindert. Auch weitere Städte haben sich so verteidigt. Einige wurden eingekesselt, andere auch militärisch eingenommen. Für die Menschen in den belagerten Städten ist die Versorgungslage katastrophal. Zum Leben und Überleben braucht es Nahrung, Wasser, Wohnungen, Strom, Heizung und Krankenhäuser. Wenn eine Stadt im Kriegsverlauf zur Ruine wird, in der die Menschen umkommen, ist all das zerstört, was verteidigt werden soll.

In den Städten der Ukraine, die von Russland besetzt wurden, geht der Widerstand jedoch weiter. Es gibt die Bilder von zivilem Widerstand mit Demonstrationen auf Straßen und Plätzen. Auch dort erleben die russischen Truppen täglich, dass sie nicht erwünscht sind. Ihre propagandistisch geprägte Selbstwahrnehmung, sie seien zur Befreiung gekommen, zerbricht an der Wirklichkeit. Und diese Informationen werden sie auch nach Hause tragen, nach Russland, im Kontrast zum dortigen Staatsfernsehen.

Wenn Russland die Ukraine beherrschen und nicht in eine Ruinenlandschaft verwandeln will, dann muss es funktionierende Städte kontrollieren wollen. Dazu wäre es aber auf Stadtverwaltungen, Handel und Unternehmen und die Unterstützung durch deren Personal angewiesen. Hier könnte Soziale Verteidigung ansetzen: Eine Zusammenarbeit nur soweit eingehen, wie sie für die Lebensgrundlagen einer Stadt und den Interessen der Bevölkerung erforderlich ist. In der Sozialen Verteidigung wird das als „Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration“ bezeichnet. Alle Anordnungen, die den Zielen der Bevölkerung dienen, werden befolgt. Die Lebensmittelversorgung und die Müllabfuhr, aber auch Polizei und Justiz, Kindergärten und Schulen werden gebraucht und sollten aufrecht erhalten werden. Nach dem Vorbild früherer historischer Fälle von Widerstand gegen Besatzung (z.B. Norwegen im 2. Weltkrieg und Finnland gegen Russland vor dem 1. Weltkrieg¹) sollte danach gestrebt werden, alles weiter so auszuführen, wie es schon vor dem Krieg selbstbestimmt gemacht

¹ vgl. Outi Arajärvi in BSV-Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 78 von März 2022 in: <https://soziale-verteidigung.de/gehorchen-anerkennen-zusammenarbeiten-passiver-widerstand-finnland-anfang-20-jh>

Foto links: Protest von Fridays for Future am 3.3.2022 vor dem Reichstag.

© Stefan Müller, CC BY 2.0

Foto rechts: Ich sah heut' Nacht im Traum vor mir ein endlos weites Feld. Und auf ein Zeichen warfen sie all ihre Waffen ab. Granaten, Bomben stürzten tausend Meter tief hinab.

Demonstrantin protestiert gegen den Krieg in der Ukraine, Brandenburger Tor, Berlin, 27.02.22.

© Stefan Müller, CC BY 2.0



©Privat

Autor:

ULLRICH STADTMANN ist Mitglied im Vorstand des BSV und seit 2004 CDU-Stadtratsmitglied in Minden.



Foto links:
Protest von Fridays for Future am 3.3.2022 vor dem Reichstag.

© Stefan Müller,
CC BY 2.0

Foto rechts:
Protest von Fridays for Future am 3.3.2022 vor dem Reichstag.

© Stefan Müller,
CC BY 2.0

wurde. Jede Stadtverwaltung kann jeden Tag bestens ohne neue Beschlüsse eines Stadtrates arbeiten. Also arbeitet sie unter einer Besetzung einfach weiter gemäß den alten Grundlagen und widersetzt sich allen neuen Anordnungen. Die Absetzung oder der Austausch einer Stadtregierung wird keine Herrschaft im Sinne der Besatzer*innen schaffen, wenn sie auf breiten Widerstand stoßen. Denn dann müssen sie auch auf untergeordneten Ebenen dafür sorgen, ihre Befehle durchzusetzen. Das erfordert personalintensive direkte Auseinandersetzungen von Mensch zu Mensch, bei denen das Besatzungsregime mit einer weiteren Demoralisierung seiner Truppen rechnen muss, denn sie werden immer wieder damit konfrontiert, dass sie als Besatzer*innen nicht erwünscht sind. In der besetzten ukrainischen Stadt Melitopol soll es dazu gekommen sein, dass der von den Russen festgenommene Bürgermeister, der zur Kollaboration gezwungen werden sollte, letztlich wieder freigelassen werden musste und gegen neun gefangene russische Soldaten der Jahrgänge 2002 und 2003 ausgetauscht wurde.²

Die militärische Kapitulation einer Stadt bedeutet deshalb in keiner Weise das Ende des Widerstands. Es ist vielmehr der Wechsel von einer militärischen Kampfform, die in erster Linie ein Territorium verteidigt, zu einer Verteidigung des sozialen Gefüges einer städtischen Zivilgesellschaft. Die Soziale Verteidigung zielt darauf ab, vorrangig das Leben der Zivilbevölkerung und die Infrastruktur einer Stadt zu schützen.

Im Kalten Krieg des letzten Jahrhunderts wurde die Ergänzung einer militärischen Landesverteidigung um eine Soziale Verteidigung der Städte im Rahmen von Konzepten defensiver Verteidigung diskutiert. Litauen hat als NATO-Mitgliedsstaat zivilen Widerstand in seine Militärstrategie aufgenommen.³ Auch Deutschland und die anderen NATO-Staaten sollten für die Verteidigung von Städten besser eine Soziale Verteidigung vorbereiten, damit nicht im Rahmen einer militärischen Verteidigung alles zerstört wird, was eigentlich verteidigt werden soll.

2 FAZ, 19.03.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-russische-kriegsgefangene-auf-pressekonzferenzen-17889125.html>

3 aus: Maciej Bartkowski: Ukrainians vs. Putin, Potential for Nonviolent Civilian-based Defense, vom 27.12.2021, https://www.nonviolent-conflict.org/blog_post/ukrainians-vs-putin-potential-for-nonviolent-civilian-based-defense/